Für jede Person über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich

Landratsamt Zollernalbkreis
72334 Balingen

Datenschutzrechtlicher Hinweis
Nach § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz dürfen die mit der Ausführung des Staatsangehörigkeitsgesetzes betrauten Behörden zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes oder von staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder nach staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie von entsprechenden Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit diese im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Ich beantrage die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband

1. Angaben zur Person

1.1. Antragsteller

Familienname (auch Geburtsname) ☐ m ☐ w ☐ d	
Vornamen	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)	
Telefon, E-Mail, FAX	
ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	nachgewiesen durch
Frühere Staatsangehörigkeiten ☐ ja ☐ nein	nachgewiesen durch

Aufenthaltsberechtigung ☐ ja ☐ nein	Unbefristete Aufenthaltserlaubnis ☐ ja ☐ nein	Niederlassungserlaubnis ☐ ja ☐ nein
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger ☐ ja ☐ nein	Befristete Aufenthaltserlaubnis ☐ nein ☐ ja, nach § _____ AufenthG, gültig bis	

Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft ☐ getrennt lebend ☐ geschieden ☐ verwitwet	seit
Tag und Ort der letzten Eheschließung	

Besonderer Status: ☐ Asylberechtigter ☐ ausländischer Flüchtling ☐ Staatenlos mit Reiseausweis
nachgewiesen durch

Sind Sie wehrpflichtig?	☐ ja ☐ nein
Sind Sie vom Wehrdienst befreit?	☐ ja ☐ nein
Haben Sie Wehrdienst oder anderen Militärdienst abgeleistet?	☐ ja ☐ nein
Der Wehrdienst wurde geleistet von	bis
Wo wurde der Wehrdienst geleistet (Staat)?	

1.2 Ehegatte **Miteinbürgerung beantragt** ☐ **ja** ☐ **nein** ☐ m ☐ w ☐ d

Familienname (auch Geburtsname)	
Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit	nachgewiesen durch
Anschrift, falls abweichend von Ziffer 1.1	

1.2. weitere Ehen

Es besteht daneben eine weitere (nicht aufgelöste) Ehe ☐ ja ☐ nein

1.3 frühere Ehen/Lebenspartnerschaften des Antragstellers ☐ **ja** ☐ **nein**

Name, Vorname des früheren Ehegatten/Lebenspartners	Staatsangehörigkeit
Ehe aufgelöst mit Urteil vom	Es bestanden noch weitere Ehen ☐ ja ☐ nein

2. Kinder des Antragstellers

Hier sind **alle** minderjährigen und volljährigen ehelichen, nichtehelichen und angenommenen Kinder einzutragen.

1. Kind ☐ m ☐ w ☐ d

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich ☐ adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt ☐ ja ☐ nein	Kind lebt im Haushalt ☐ ja ☐ nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

2. Kind ☐ m ☐ w ☐ d

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich ☐ adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt ☐ ja ☐ nein	Kind lebt im Haushalt ☐ ja ☐ nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

3. Kind ☐ m ☐ w ☐ d

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich ☐ adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt ☐ ja ☐ nein	Kind lebt im Haushalt ☐ ja ☐ nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

4. Kind ☐ m ☐ w ☐ d

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich ☐ adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt ☐ ja ☐ nein	Kind lebt im Haushalt ☐ ja ☐ nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

5. Kind ☐ m ☐ w ☐ d

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich ☐ adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt ☐ ja ☐ nein	Kind lebt im Haushalt ☐ ja ☐ nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

6. Kind ☐ m ☐ w ☐ d

Name, Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Staatsangehörigkeit(en)
☐ aus jetziger Ehe ☐ aus früherer Ehe ☐ nichtehelich ☐ adoptiert	
Miteinbürgerung beantragt ☐ ja ☐ nein	Kind lebt im Haushalt ☐ ja ☐ nein
Bei Miteinbürgerung: Aufenthaltstitel gültig bis	

3. Eltern des Antragstellers

Vater	**Mutter**
leiblich ☐ ja ☐ nein	leiblich ☐ ja ☐ nein
Familienname, Geburtsname	Familienname, Geburtsname
Vorname	Vorname
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	Geburtsort, Kreis, Staat
Staatsangehörigkeit (derzeit)	Staatsangehörigkeit (derzeit)
Staatsangehörigkeit (früher)	Staatsangehörigkeit (früher)
(letzter) Wohnort, Kreis, Staat	(letzter) Wohnort, Kreis, Staat
verstorben ☐ nein ☐ ja, am	verstorben ☐ nein ☐ ja, am

4. Wohnsitze des Antragstellers seit Geburt bis heute (keine Besuchsaufenthalte)

von	bis	in (Ort und Staat)
Geburt		

5. Ausbildung und Beruf des Antragstellers

Schulbildung			
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat

Berufsausbildung, Weiterbildung			
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat

Arbeitsverhältnisse und selbständige Tätigkeiten im Inland		
von	bis	Arbeitgeber, Art der Tätigkeit

6. Deutsche Sprachkenntnisse und Integrationsleistungen

Abschlusszeugnis einer allgemeinbildenden deutschen Schule liegt vor	☐ ja ☐ nein
Abschluss einer deutschen Berufsausbildung/Studiums liegt vor	☐ ja ☐ nein
Zertifikat Deutsch, Sprachniveau B 1, oder gleichwertiges Zeugnis liegt vor	☐ ja ☐ nein
Erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nach § 43 AufenthG	☐ ja ☐ nein
Erfolgreiche Teilnahme an einem Einbürgerungstest nach § 10 Abs. 5 StAG	☐ ja ☐ nein
Besondere Integrationsleistungen, z.B. ehrenamtliches Engagement etc.	☐ ja ☐ nein

7. Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

Vorstrafen	☐ ja ☐ nein
Datum, Tatbestand und Strafmaß, auch Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung (§ 61 StGB) Bitte geben Sie an, ob in der Vergangenheit ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt worden ist („Bitte machen Sie Angaben zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendem Gericht/Behörde und Datum der Verurteilung. Fügen Sie bitte eine Kopie des entsprechenden vollständigen Urteils bei“).	

Ordnungswidrigkeiten	☐ ja ☐ nein
Datum, Tatbestand und Geldbuße	

Anhängige Straf- oder Ermittlungsverfahren	☐ ja ☐ nein
Nähere Angaben Bitte fügen Sie Unterlagen bei	

8. Wirtschaftliche Verhältnisse des Antragstellers

8.1 Aktuelle Einkünfte

Erwerbseinkommen ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat		
Einkommen aus selbständiger Arbeit ☐ nein ☐ ja	Gewinn jährlich		
Einkünfte Vermietung/Verpachtung ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat		
Renten ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat		
Kindergeld ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat		
Erziehungsgeld ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis	
Wohngeld ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis	
Arbeitslosengeld I ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis	
Arbeitslosengeld II ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis	
Sozialhilfe/Grundsicherung ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis	
Krankengeld ☐ nein ☐ ja	Betrag €/Monat	bewilligt bis	
Sonstige Einkünfte ☐ nein ☐ ja	Art und Höhe		

8.2 Bezug von Sozialleistungen in der Vergangenheit (letzte 5 Jahre)
(Bei Bezug von Arbeitslosengeld II bitte die Gründe für den Bezug angeben und Nachweise beilegen)

Leistungsbehörde	Leistungsart	Leistungszeitraum

8.3. Vermögen und Schulden

Grundstücke ☐ nein ☐ ja	Wert in EURO
anderes Vermögen ☐ nein ☐ ja	Wert in EURO
Hypotheken, Schulden ☐ nein ☐ ja	Höhe in EURO
Schulden bei Behörden ☐ nein ☐ ja	Höhe in EURO

8.4 Unterhaltsverpflichtungen

Unterhaltsverpflichtungen gegenüber anderen Personen, die nicht im Haushalt leben ☐ nein ☐ ja	
Name des Unterhaltsberechtigten	Höhe der mtl. Unterhaltszahlungen in EURO
Es bestehen Unterhaltsrückstände ☐ nein ☐ ja	Höhe in EURO

8.4 Soziale Absicherung

Krankenversicherung ☐ nein ☐ ja	Name der Versicherung
Private Rentenversicherung ☐ nein ☐ ja	Name der Versicherung
Gesetzliche Rentenversicherung ☐ nein ☐ ja	Pflichtbeiträge wurden geleistet seit Jahren

9. Mitgliedschaften des Antragstellers in Vereinen, Verbänden o.ä.

Name des Vereines	Mitgliedschaft von…bis…

10. Frühere Antragstellung

Die Einbürgerung in Deutschland habe ich schon früher beantragt	☐ nein ☐ ja
Wenn ja, bei welcher Behörde	

11. Begründung des Einbürgerungsantrages

Ich möchte eingebürgert werden, weil …

Lichtbild(er) (aus neuerer Zeit)

Antragsteller | 1. Kind | 2. Kind | 3. Kind

12. Erklärungen des Antragstellers

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zu einer Ablehnung des Antrages oder zur Zurücknahme der Einbürgerung führen können.

Ich verpflichte mich, alle Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen unverzüglich der Einbürgerungsbehörde mitzuteilen.

Die Erlaubnis zur Einsicht in die Ausländerakte wird hiermit erteilt.

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung Gebühren in Höhe von 255 € je Person und für jedes miteinzubürgernde Kind 51 € erhoben werden. Für die Ablehnung des Einbürgerungsantrages ist für eine erwachsene Person eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 190 € und je minderjähriges Kind 38 €, bei einer Antragsrücknahme für eine erwachsene Person 85 €, je minderjähriges Kind 25 € zu entrichten.

Ort, Datum	**Unterschrift der/des Antragsteller/in/s oder der/des gesetzlichen Vertreter/in/s**

Dem Antrag auf Einbürgerung für meine unter Punkt 2 aufgeführten Kinder stimme ich zu	
Ort, Datum	**Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter/in/s**

Bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre: Dem Antrag auf Einbürgerung stimmen wir zu:	
Ort, Datum	**Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter/in/s**

14. Stellungnahme des Bürgermeisteramtes

Der Antragsteller – und seine Kinder – ist/sind in dieser Gemeinde gemeldet seit	Datum
Der Zuzug erfolgte von	

Die Antragsangaben stimmen mit den Meldeunterlagen überein ☐ ja ☐ nein

wenn nein: Es liegen folgende Abweichungen vor:	
Sonstige Tatsachen, die für die Einbürgerung von Bedeutung sein können:	
Ort, Datum	Unterschrift, Stempel

Information zur Datenerhebung im Einbürgerungsverfahren

(Datenschutzinformation)

Behörde	Landratsamt Zollernalbkreis Hirschbergstraße 29 72336 Balingen
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Landrat Günther-Martin Pauli Hirschbergstraße 29 72336 Balingen Email: info@zollernalbkreis.de
behördlicher Datenschutzbeauftragter	Walter Stocker Hirschbergstraße 29 72336 Balingen Email: datenschutz@zollernalbkreis.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	Einbürgerung in den deutschen Staatsverband; Rechtsgrundlage: § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG).
geplante Speicherungsdauer	Unbefristet
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Die Daten werden dem Bundesverwaltungsamt (BVA) als Registerbehörde (Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten – EStA-Register) übermittelt und dort verarbeitet (§ 33 StAG). In das EStA-Register werden eingetragen: – Entscheidungen zu Staatsangehörigkeitsurkunden, – Entscheidungen zum Bestand und gesetzlichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, – Entscheidungen zu Erwerb, Bestand und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, die nach dem 31. Dezember 1960 und vor dem 28. August 2007 getroffen worden sind. Im Einzelnen dürfen in dem Register gespeichert werden: – die Grundpersonalien des Betroffenen (Familienname, Geburtsname, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht sowie die Anschrift im Zeitpunkt der Entscheidung) und Auskunftssperren nach § 51 des Bundesmeldegesetzes, – Rechtsgrund und Datum der Urkunde oder der Entscheidung sowie Rechtsgrund und der Tag des Erwerbs oder Verlusts der Staatsangehörigkeit, im Fall des § 3 Absatz 2 auch der Zeitpunkt, auf den der Erwerb zurückwirkt, – Bezeichnung, Anschrift und Aktenzeichen der Behörde, die die Entscheidung getroffen hat. Öffentliche Stellen haben der Staatsangehörigkeitsbehörde auf Ersuchen personenbezogene Daten zu übermitteln, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung Aufgaben nach erforderlich ist. Öffentliche Stellen haben der zuständigen

	Staatsangehörigkeitsbehörde diese Daten auch ohne Ersuchen zu übermitteln, soweit die Übermittlung aus Sicht der öffentlichen Stelle für die Entscheidung der Staatsangehörigkeitsbehörde über ein anhängiges Einbürgerungsverfahren oder den Verlust oder Nichterwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erforderlich ist. Dies gilt bei Einbürgerungsverfahren insbesondere für die den Ausländerbehörden nach § 87 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes bekannt gewordenen Daten über die Einleitung von Straf- und Auslieferungsverfahren sowie die Erledigung von Straf-, Bußgeld- und Auslieferungsverfahren (vgl. § 32 Abs. 1 StAG, § 87 Abs. 4 AufenthG). Die Einbürgerungsbehörden übermitteln den Verfassungsschutzbehörden zur Ermittlung von Ausschlussgründen nach § 11 StAG die bei ihnen gespeicherten personenbezogenen Daten der Antragsteller, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Abs. 2 StAG). Die Daten werden zuständigen Meldebehörde oder Auslandsvertretung mitgeteilt (§ 33 Abs. 5 StAG). Zu statistischen Zwecken werden die Daten in anonymisierter Form (d.h. ohne Namen und Anschrift) für die erforderliche Statistikmeldung verwendet. Die Daten dürfen hierfür an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg übermittelt werden (vgl. § 36 StAG). Die Daten werden bei Bedarf zur Beitreibung der Verwaltungsgebühr an die Kreiskasse weitergeleitet.
Betroffenenrechte	Sie haben als betroffene Person das Recht vom Landratsamt Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, poststelle@lfdi.bwl.de beschweren.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	Sie sind nicht verpflichtet zum oben genannten Zweck personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen. Stellen Sie diese nicht zur Verfügung kann die beantragte Einbürgerung nicht erfolgen.

Stand: 25.05.2018